Nr. 289 Freitag, den 14. Dezember 1917 31. Jahrgang.

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 50 Pfg., bei der Post abgeholt 40 Pfg., durch den Briefträger 54 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
.·. Volks-Zeitung .·.
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
.·. vieler Behörden .·.

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltige Kolonelzeile 12 Pfg., auswärtige 15 Pfg. Im Reklamenteil 50 Pfg. Bei Wiederholungen Rabattgewährung, die bei Nichtzahlung innerhalb 30 Tagen indes erlischt. Beilagengebühr 5 Mark — — das Tausend ausschl. Postgebühren. — —

Redaktion Königstraße 11 — Fernruf 913

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Geschäftsstelle Königstraße 11 — Fernruf 607

Im Mittelmeer abermals 18 Schiffe mit über 50000 Tonnen versenkt.

Wie unsere U-Boote arbeiten.

TU. Berlin, 14. Dezember. (Amtlich). Im Mittelmeer wurden wiederum 12 Dampfer und 6 Segler mit über 50 000 BRT. von unseren U-Booten vernichtet. Die Mehrzahl der Dampfer wurden trotz stärkster Sicherung durch U-Bootjäger, Zerstörer und Fischerfahrzeugen aus Geleitzügen herausgeschossen. Lebhafte Gegenwirkung der Geleitfahrzeugen blieben in allen Fällen erfolglos. Der Transportverkehr nach Italien und den Kriegsschauplätzen des östlichen Mittelmeer hatte erhebliche Einbuße. Ein großer Dampfer wurde als Truppentransportschiff nach Italien erkannt, bei einem anderen konnte als Reiseziel Saloniki festgestellt werden. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ferner die englischen bewaffneten Dampfer Karema (5285 Tonnen), Kohistan (4732 Tonnen) und Oveid (4159 Tonnen) sowie ein mit 8 Geschützen bewaffneter Hilfskreuzer dessen Besatzung beim Untergange namhafte Verluste hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Kanonen sollen schweigen.

Friedensverhandlungen ohne die Entente.

(Amtlich.) Berlin, 13. Dezember.

Die russische Delegation ist am 12. Dezember zur Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen verabredungsgemäß in Brest-Litowsk wieder eingetroffen. Die nächste Vollsitzung findet am 13. Dezember vormittags statt.

In Übereinstimmung mit dieser Meldung hat auch die Petersburger Telegraphenagentur eine Kundgebung über die Fortsetzung der Verhandlungen veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: Die Unterbrechung der Waffenstillstands-Verhandlungen auf eine Woche wurde auf russischer Seite dazu bestimmt, sich noch einmal an die Alliierten zu wenden und noch einmal die Soldaten und Proletarier aufzurufen, nachdrücklich in den Gang der Ereignisse einzugreifen; dieser Entschluß ist ausgeführt worden.

Der Rat der Volksbeauftragten hat den alliierten Ländern vorgeschlagen, an den Friedensvorbesprechungen teilzunehmen, aber keine Antwort ist vernehmbar geworden; die Verantwortlichkeit fällt auf sie.

Die russische Abordnung reist ab, um die Waffenstillstandsverhandlungen fortzusetzen. Sie reist, gestützt auf die moralische Kraft der siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern, sie reist, um die Kanonen zum Schweigen zu bringen und die Gewehre sich senken zu lassen an der ganzen Front vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere. Die russische Abordnung wird die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen. Sie wird fortfahren, wie sie angefangen hat, nicht wie einer, der sich ergibt, sondern als bevollmächtigte Vertretung des Landes eines aufrechten Volkes, auf welches die Blicke von Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Soldaten der ganzen Welt gerichtet sind.

Deutschlands Bedingungen.

Nach einer Meldung des Mailänder „Secolo" aus Petersburg bestanden bei den jüngsten deutsch-russischen Verhandlungen die deutschen Unterhändler darauf, daß im Waffenstillstandsvertrage ausdrücklich gesagt werde, daß mit ihm gleichzeitig auch die Verhandlungen für einen förmlichen und endgültigen Frieden beginnen. Nach einer größeren Zensurlücke heißt es weiter: Es bestätigt sich, daß die Deutschen der Bewegungsfreiheit der russischen Flotte Grenzen setzen wollen. Diese soll den Bottnischen Meerbusen verlassen und sich in den Finnischen Meerbusen zurückziehen.

Noch keine konstituierende Versammlung.

Haag, 13. Dez. Englischen Meldungen aus Petersburg zufolge ist die konstituierende Versammlung am 11. Dezember noch nicht zusammengetreten. Der Tag galt als Feiertag. Aus Vorsicht hatte man in zahlreichen Straßen Barrikaden errichtet.

Trotzkis Ultimatum.

Basel, 13. Dez. Wie der „Temps" schreibt, hat Trotzki die Entente-Regierungen in einer Art neuen Ultimatums aufgefordert, sich bis zum 12. Dezember über das Friedensprogramm der Bolschewiki auszusprechen. Der „Temps" erklärt, die Alliierten würden selbstverständlich nicht antworten. Es müsse abgewartet werden, bis das Land in einer ordnungsmäßig gewählten Konstituante eine richtige Vertretung besitze.

Ein Aufruf an die „Brüder Kosaken".

Kopenhagen, 13. Dez. Die Petersburger Volkskommissare richteten eine Kundgebung an die „Brüder Kosaken", worin diese aufgefordert werden, zwischen Kornilow und Kaledin einerseits und dem Sowjet andrerseits zu wählen und Kaledin und Kornilow sowie ihre Mitschuldigen zu verhaften und dem Sowjet auszuliefern.

Rußland entläßt Kriegsgefangene.

Stockholm, 13. Dez. Wie „Djen" zu berichten weiß, haben in Rußland bereits am 4. Dezember Entlassungen von deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen begonnen. Die Gefangenen mußten sich ehrenwörtlich verpflichten, am Kriege nicht mehr teilzunehmen. (Die Richtigkeit dieser Meldung läßt sich vorläufig nicht nachprüfen.)

Geheimnisvolles von der Schwarzmeerflotte.

Stockholm, 13. Dez. Reuter meldet aus Petersburg: Kaledin drahtete, daß verschiedene Kriegsschiffe des Schwarzen Meeres in Taganrog ankamen und trotz des Widerspruchs der Kosaken Truppen landeten. Sie fuhren dann nach der Donmündung weiter, um sich von dort nach Rostow zu begeben

Großes Aufräumen.

Russische Grenze, 13. Dez. Nach der „Prawda" wurden die russischen Botschafter in Paris, Washington, Madrid und Rom, sowie die Gesandten in Bern, Kopenhagen und Stockholm für abgesetzt erklärt.

Kein maximalistischer Sieg über Kornilow.

Stockholm, 13. Dez. „Morning Post" erfährt aus Petersburg, daß der Bericht über einen angeblichen Sieg der maximalistischen Truppen bei Belgorod nicht richtig sei. Es sei nur eine kleinere Abteilung von den Bolschewiki besiegt worden, während Kornilow mit seiner Hauptmacht über die Maximalisten gesiegt habe. Viele Soldaten der Bolschewiki hätten die Waffen weggeworfen und seien zu Kornilow übergelaufen.

Für und wider den Wirtschaftskrieg.

Unsicherheit im englischen Kabinett.

Die gesamte Presse beschäftigt sich eingehend mit der Rede, die der ehemalige Premierminister Asquith über den Friedensbrief Lord Lansdowne gehalten hat. Die meisten Blätter erklären zustimmend, sowohl die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als auch der Plan eines mitteleuropäischen Blockes müssen verschwinden. Den starken Eindruck, den Lansdownes Brief und Asquiths Rede in der Öffentlichkeit gemacht haben, galt es zu verwischen und so benutzte dann Schatzkanzler Bonar Law die Beratung der Gesetzesvorlage über nichteisenhaltige Metalle, um in einer Rede folgendes auszuführen:

Der deutsche Ring, der vor dem Kriege den Handel mit diesen Metallen beherrschte, hatte so große Macht auf der ganzen Welt, daß es für neue Verbände unmöglich war, mit ihm innerhalb des britischen Reiches zu wetteifern. Wir verloren die Verfügung über die innerhalb unseres Gebietes gewonnenen Metalle. Wenn wir die Möglichkeit eines künftigen Krieges berücksichtigen und nicht alle Lehren des jetzigen vergessen wollen, müssen wir einsehen, daß diese deutsche Durchdringung nicht nur eine Kontrolle über Artikel bedeutete, die für uns notwendig waren, sondern daß eine derartige Vorzugsstellung auch im Kriegsfalle gegen uns ausgenützt werden würde. Die Hauptfrage am Schlusse des Krieges wird die Beschaffung von Rohstoffen sein. Sie werden in allen Industrien knapp sein, und unsere Feinde mögen bedenken, daß, je länger der Krieg dauert, desto weniger davon zur Verteilung gelangen wird, zumal die Alliierten zuerst sich selbst helfen werden.

Bei dem in Frage stehenden Gesetzentwurf handelt es sich in erster Linie um den Zink- und Aluminiummarkt, auf dem bis zum Kriegsausbruch deutsche und englische Produzenten zusammengeschlossen waren. Wenn Bonar Law in seiner Rede weiter erklärte, das habe mit dem Wirtschaftskriege nichts zu tun, so straft er sich selbst Lügen, denn er droht ja ausdrücklich mit der Rohstoffsperre, wenn wir uns nicht unterwerfen. Daß man übrigens in gewissen Kreisen Englands noch immer mit dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege rechnet, zeigt nicht nur die Karte Bonar Laws, sondern auch ein Artikel des „Daily Expreß", der Neuwahlen fordert, damit Lloyd George (der für den Wirtschaftskrieg ist) sich in seiner Macht befestigen kann, ehe ihn Asquith (der den Wirtschaftskrieg verwirft) durch eine Unterhausabstimmung aus dem Sattel wirft. Das Kabinett wird also auch von seinen Freunden als nicht mehr ganz fest angesehen.

Der Tiger droht.

Nach Malvy, dem früheren französischen Minister des Innern, kommt Caillaux, der frühere Finanzminister, an die Reihe. Herr Clemenceau will also sein Wort halten: ohne Ansehen der Person soll jeder, der im Verdacht der Friedensgeneigtheit steht, den Kriegsgerichten oder dem Staatsgerichtshof ans Messer geliefert werden, und wo die parlamentarische Unverletzlichkeit des Angeklagten Schwierigkeiten bereitet, soll dieser Zwirnsfaden durch Kammerbeschluß zerrissen werden. Herrn Caillaux wird nichts geringeres vorgeworfen als daß er sich eines Anschlages auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht habe durch Umtriebe, die geeignet gewesen seien, die Bündnisse Frankreichs bloßzustellen. Ferner des Einverständnisses mit dem Feind und — das schlimmste kommt zuletzt — einer flaumachenden Propaganda. Mindestens die einfache Todesstrafe wird damit einem Manne in Aussicht gestellt, dem im Grunde wahrscheinlich nichts anderes vorgeworfen werden kann als daß er dem Vaterland auf seine Weise zu dienen bemüht gewesen ist, wenn überhaupt den Beschuldigungen so viel Tatsächliches zu Grunde liegt, daß die Anklageerhebung vom Standpunkt eines unparteiischen Richters zu rechtfertigen ist. Aber wenn Clemenceau die Staatsmaschine der Republik in der Hand hat, dann weiß man schon in Frankreich, was die Glocke geschlagen hat: nach irgendeiner Seite muß der grimmige Haß dieses Mannes sich entladen können, und da die Feinde des Landes ihm einstweilen noch ganz unerreichbar sind, er sie also nicht zerschmettern kann, müssen eben die „inneren Feinde" des Volkes daran glauben — oder diejenigen, die der Herr Ministerpräsident zu solchen zu stempeln für gut befindet.

Was Caillaux und seine Leidensgefährten verbrochen haben sollen, wurde früher, solange es sich nur um die innere Sicherheit des Staatslebens handelte, als „Sabotage" gebrandmarkt. Jetzt, da es um den äußeren Bestand der Republik geht, nennt man es „Defaitismus". Womit gesagt sein soll, daß diese Elemente die Festigkeit des Widerstandes auflösen wollen, der dem Feind entgegengesetzt werden soll, bis er wehrlos am Boden liegt, daß sie den kampfentschlossenen Willen der Nation schwächen und lähmen wollen, drinnen im Lande und fortwirkend draußen an der Front, daß sie den Zusammenhalt des Völkerbundes lockern wollen, der eigens zu dem Zwecke gegründet worden ist, um Frankreichs Zukunft für alle Zeiten gegen den Machthunger seiner teutonischen Nachbarn sicherzustellen. Herr Malvy hat nun zwar als Minister des Innern ganz im Geiste des jetzigen Herrn und Meisters die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten gesucht, aber da er zu anständig war, um gleich auf jedes Geschrei einer vom Verfolgungswahn befallenen Presse die Justiz in Bewegung zu setzen, da nicht jeder angesehene Franzose in seinen Augen vogelfrei erscheinen konnte, sobald ein Schmutzspritzer dieses oder jenes Pariser Radaublattes seinen Rock befleckte, so mußte er herunter vom Ministerstuhl und darf diesen jetzt mit der Anklagebank vertauschen. War Malvy noch in die Skandalgeschichten der jüngsten Zeit verwickelt, mit denen die Franzosen sich unterhalten zu lassen für gut fanden, wenn auch nur sozusagen als leidender Teil, so wußte man bei Caillaux zuerst nicht recht, wo man bei ihm den Haken ansetzen sollte. Als einflußreicher Finanzmann blieb er natürlich niemals von aller Nachrede verschont, das ist in der dritten Republik nun einmal nicht anders. Aber damit war, wenn man ihm den Hals umdrehen wollte, nichts Gescheites anzufangen. Clemenceau blieb es vorbehalten oder vielmehr seiner Feder, solange sie noch nicht eigentliche Regierungsgeschäfte zu leisten hatte, an der Ehre dieses Mannes so hartnäckig herumzuarbeiten, bis er fürs Zuchthaus oder gar für das Schafott reif geworden ist. Bald sollte er in Paris oder in Bordeaux Verschwörungen angezettelt haben, um einen Umschwung in der Kriegspolitik des Landes vorzubereiten, bald irgendwo im Auslande Zusammenkünfte mit geheimnisvollen Fremden gehabt haben, auf denen verräterische Pläne gegen die Sicherheit der Republik geschmiedet wurden. Hieß es bei Malvy, er habe seine Schandtaten damit gekrönt, daß er die militärischen Aktionen an der Westfront den Deutschen ankündigte, so daß diese sich rechtzeitig auf ihre Abwehr einrichten konnten, so hieß es bei Caillaux, ihm sei die Ehre des Landes um Geld und Gut feil gewesen. Clemenceau, der Tiger, kennt keine Gnade; da er zurzeit nicht mehr Minister stürzen kann, müssen eben frühere Minister ihm vor die Klinge. Und die Kammer steht vor der Wahl, ob sie für seinen „Defaitismus" die Verantwortung übernehmen will.

Wir können diesen Vorgängen mit der Gelassenheit des unbeteiligten Zuschauers folgen. Unzweifelhaft sind sie ein Anzeichen dafür, daß die Friedenssehnsucht des französischen Volkes mit gewöhnlichen Mitteln des staatlichen Zwanges nicht mehr niedergehalten werden kann, daß es schon ganz besonderer Gewaltanwendung bedarf um sie auszurotten oder wenigstens für den Augenblick abzulenken oder unschädlich zu machen. Lieber opfert Herr Clemenceau ein paar von den führenden Männern seines Volkes, ehe er sich einer Volksströmung fügt, die sein Rachebedürfnis gegen den rechtmäßigen Besitzer Elsaß-Lothringens ungestillt lassen würde. Der Spieler wagt den letzten Einsatz. Wir [illegible] schon sehen, wie ihm seine frevelhafte Leichtherzi[illegible]men wird!

Die Anklage gegen Caillaux.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität Caillaux' wird eingehend begründet. Es heißt da unter anderm, er habe gesagt, daß er — nach Clemenceau Ministerpräsident geworden — den Frieden unterzeichnen und ein Bündnis mit Deutschland schließen werde. Der Antrag schließt, es seien hinreichend Verdachtsmomente vorhanden, daß Caillaux die Auflösung der französischen Bündnisse betrieben und so die feindlichen Waffen unterstützt habe. — Caillaux gedenkt sich zunächst zu verteidigen, indem er mit Enthüllungen über Clemenceau droht.

Caillaux' Verteidigungsrede.

Genf, 13. Dez. In der gestrigen Kammersitzung in Paris erhob Caillaux in seiner Verteidigungsrede leidenschaftliche Angriffe gegen Clemenceau. Es kam zu unerhörten Tumultszenen. Caillaux schloß mit den Worten: „Ich werde demnächst die Politik, die ich vor und im Kriege getrieben habe, vor der Kammer rechtfertigen und Herrn Clemenceau zu dieser Rechtfertigung einladen."

Deutscher Heeresbericht.

Fortsetzung der Verhandlungen im Osten.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 13. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Von Dixmuide bis zur Lys und südlich von der Scarpe zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit. — Östlich von Bullecourt entrissen unsere Truppen dem Engländer mehrere Unterstände und nahmen 6 Offiziere und 84 Mann gefangen. — Zwischen Moeuvres und Bendhuille haben sich die schon am Abend lebhaften Artilleriekämpfe heute morgen verschärft. Auch nördlich von St. Quentin gesteigertes Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In Verbindung mit Erkundungsgefechten lebte in einzelnen Abschnitten die Feuertätigkeit auf.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Wie vereinbart beginnen heute im Befehlsbereich des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern die Verhandlungen über Abschluß eines Waffenstillstandes, der die zurzeit bestehende Waffenruhe ersetzen soll.

Macedonische Front. Im Cerna-Bogen wurden in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front. Bei Schneefall und Nebel blieb die Gefechtstätigkeit gering.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

wtb. Berlin, 13. Dez., abends. (Amtlich.) **Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.**

Wien, 13. Dez. Der amtliche Heeresbericht meldet nichts Neues. In den viertägigen Kämpfen um das Melettagebiet sind 639 Offiziere und über 16 000 Mann gefangengenommen worden, 93 Geschütze, 233 Maschinengewehre, 4 Mitrailleusen, 81 Minenwerfer und vieles Kriegsgerät wurden erbeutet.

Erfolgreiches Seegefecht.

Leichte Streitkräfte, unter Führung des Korvettenkapitäns Heinecke, haben am 12. Dezember morgens dicht unter der englischen Küste vor der Tyne-Mündung den feindlichen Handelsverkehr angegriffen.

In erfolgreichem Gefecht mit den englischen Vorposten wurden zwei große Dampfer und zwei bewaffnete Patrouillenfahrzeuge versenkt. Unsere Streitkräfte kehrten ohne eigene Verluste oder Beschädigungen zurück.

Ein englisches Luftschiff vernichtet.

Eines unserer Marineflugzeuge, Führer Oberleutnant zur See Christiansen, hat bei einem Aufklärungsflug in den Hoofden am 11. Dezember vormittags das englische Luftschiff „C 27" vernichtet. Das Luftschiff stürzte brennend in die See.

Der Chef des Admiralstabes der Marine

Bilanz der Entente 1917.

Das Jahr, das der Zurückweisung des deutschen Friedensangebotes am 12. Dezember 1916 folgte, kommt der Entente teuer zu stehen. Abgesehen von den Verlusten an Menschen, Material, Gerät und Ländern erreichten die reinen Kriegsausgaben eine ungeheure Höhe. Nach Ententequellen gaben in diesem einen Jahr aus: England 58 Milliarden Mark, Frankreich 35,3 Milliarden, Rußland 46,4 Milliarden, Italien 12,2 Milliarden, Amerika 53,1 Milliarden. Das ergibt die gewaltige Summe von 200 Milliarden für ein einziges Jahr. Demgegenüber stehen für Deutschland 36 Milliarden, Österreich-Ungarn 18,7 Milliarden, Türkei 0,66 Milliarden, Bulgarien 0,64 Milliarden, zusammen für die Mittelmächte 56 Milliarden. Das Verhältnis wird sich in künftigen Kriegsmonaten noch mehr zugunsten der Entente verschlechtern und das Ergebnis wird um so fühlbarer sein, als zwar die Mittelmächte ihre Kriegslasten fast ganz im eigenen Lande aufbringen, die Ententeländer dagegen außerordentlich schwer verschuldet sind.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 13. Dez. Die italienischen Kriegsschulden betragen jetzt etwa 30 Milliarden; die gesamte Staatsschuld beläuft sich auf 45 Milliarden. Das ganze italienische Nationalvermögen wird auf etwa rund 100 Milliarden Lire geschätzt.

Haag, 13. Dez. Bei Einbringung des neuen Kriegskredits von 550 Millionen Pfund (11 Milliarden Mark) teilte Bonar Law mit, daß die täglichen Kriegsausgaben 150 Millionen Mark betragen.

Genf, 13. Dez. Nach dem Pariser „Journal" werden die amerikanischen Soldaten auf dem Schießplatz Franche-comte ausgebildet, um dann mit schwerer Artillerie an der elsässischen Grenze verwendet zu werden.

Die Franzosen als Sittenrichter.

Der französische amtliche Propagandadienst für Aufrechterhaltung der Kriegsstimmung regt sich darüber auf, daß in Deutschland ein englischer Fliegersergeant namens Boyd bestraft worden sei, weil er in einer schriftlichen Meldung die Deutschen als „Hunnen" bezeichnet habe. Wahrscheinlich habe er das Wort gar nicht gebraucht.

Boyd hat nach gerichtlicher Feststellung den herabsetzenden Ausdruck wirklich gebraucht, bat um Entschuldigung gebeten und ist zu einer Strafe verurteilt worden. Warum sich ausgerechnet die Franzosen deshalb erregen, ist unverständlich. Weiß man doch von ihnen, in welcher fanatischen Weise sie wehrlose deutsche Gefangene, die gar nichts begangen haben, gewohnheitsmäßig mißhandeln oder gar töten. Was würde erst mit einem Deutschen geschehen, der ihr „glorreiches" Heer in einer Weise wie Boyd beleidigte?

Dem Abgrunde entgegen.

Angesichts des russischen Waffenstillstandes erklärt das Pariser Blatt „Le Pays", die angstvollen Tage des August und September kämen wieder. Wieder stehe man am Wendepunkt, nur mit dem Unterschied, daß durch den russisch-rumänischen Waffenstillstand Frankreich mit seinen westlichen Verbündeten dem Angriff der gesamten feindlichen Macht allein gegenüberstände. Wer werde in dieser vielleicht kritischsten Stunde die Zügel des Verbandswagens ergreifen, der dem Abgrund entgegenrase.

Jedenfalls ein offenes Wort und wahrscheinlich ein besserer Gradmesser für die Stimmung in Frankreich, als die Haß- und Wutausbrüche eines Clemenceau.

Italien hat keine Kohlen — wegen der U-Boote.

Englische Zweckredner wissen nicht oft genug zu beteuern, daß die deutschen Tauchboote keine, aber auch gar keine Bedeutung für den Seeverkehr hätten. Anders stellt sich das Ding, wenn eine sachgemäße Berechnung auftaucht und den Schleier zerreißt, den die Kriegspolitiker der Entente ihren Völkern vorhalten. Der Kohlenmarktbericht des „Journal de Commerce" hebt hervor: Im Juli 1917 wurden aus Amerika nach Italien nur 28 500 Tonnen Kohlen verschifft gegen 211 000 im Juli 1916 und 502 000 Tonnen im Juli 1915. Das Blatt sagt dazu: Da Italien Ersatz dafür aus England nicht beschaffen konnte, kann man sich leicht vorstellen, wie groß der Brennstoffmangel geworden ist. — Richtig!

„Wir haben genug davon."

Das offiziöse Organ der russischen Regierung, die „Prawda" gibt in einem Artikel gegen den englischen Botschafter in Petersburg, Buchanan, ein bemerkenswertes Bild der britischen Politik. Buchanan brauche zurzeit schöne Worte, hinter denen sich verderbliches Gift berge. Rußland wünscht einen andern Frieden als England. — Der Zweck Englands ist angeblich die Demokratie, aber seine Mittel und Wege sind imperialistisch. Rußland will vorläufig Freiheit und Demokratie nur innerhalb seiner eigenen Grenzen entfalten. England könnte dasselbe mit Irland und Indien tun und die natürliche Entwicklung der Dinge in Deutschland abwarten. England sucht Rußland nochmals vor seinen imperialistischen Wagen zu spannen. Aber wir haben genug davon, sagt die „Prawda" deutlich genug zum Schluß ihrer Ausführungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neuer Oberpräsident der Rheinprovinz.

Der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Frhr. von Coels von der Brügghen ist als Nachfolger Rheinbabens zum Oberpräsident der Rheinprovinz ausersehen. Frhr. von Coels wurde am 27. Januar 1858 in Aachen geboren. Mit 27 Jahren schon wurde er Landrat des Kreises Aachen Land. 1899 kam er als Oberpräsidialrat nach Koblenz, dann wurde er Regierungspräsident in Arnsberg und von dort 1915 in das Ministerium berufen. In Frhr. von Coels erhält die Rheinprovinz eine überaus tüchtige Kraft, die sich in allen Stellungen ausgezeichnet bewährte.

Bekannt ist sein persönliches Eingreifen bei den verschiedensten Anlässen, so beim letzten großen Bergarbeiterstreik, bei der Gelsenkirchener Typhusepidemie und bei der Katastrophe in Annen. Bekannt ist auch das große Interesse, welches er dem Zustandekommen der großen Elektrizitäts-Zentrale im rheinisch-westfälischen Industriebezirk und den wasserwirtschaftlichen Unternehmungen seines Bezirks, speziell dem Bau von Talsperren in den sauerländischen Bergen zuwandte.

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

13. Dezember. In Flandern, auf dem Kampffelde bei Cambrai und bei St. Quentin erhöhte Artillerietätigkeit. — An der Ostfront Wiederbeginn der Waffenstillstandsverhandlungen. — Im Cernabogen werden einige Italiener und Franzosen gefangen.

Der Wahlrechtsausschuß.

cpc. Berlin, 13. Dez. Der Wahlrechtsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses hat sich heute konstituiert. Als Berichterstatter für die Wahlrechtsvorlage ist bestimmt der Abg. Bell (Z.), der bereits im Jahre 1910 als Berichterstatter bei der damaligen Wahlrechtsreformvorlage fungierte. Als Berichterstatter für die Herrenhausvorlage ist der Abgeordnete Graef (k.) bestimmt.

Wie wir erfahren, soll die erste Sitzung des Wahlrechtsausschusses am 11. Januar 1918 stattfinden. Es ist beschlossen, die Verhandlungen des Ausschusses mit einer allgemeinen Aussprache über die drei Vorlagen zu beginnen und in der Einzelberatung mit der Wahlrechtsvorlage den Anfang zu machen. Der Ausschuß hat beschlossen, von der Regierung die Vorlegung folgenden Materials zu verlangen: Erstens eine Zusammenstellung der außerpreußischen Wahlrechte und der außerdeutschen Wahlrechte, ähnlich wie sie dem Berichte des Abgeordneten Dr. Bell über die Ausschußverhandlungen des Jahres 1910 beigefügt waren. Zweitens einen geschichtlichen Ueberblick über das preußische Wahlrecht.

✚ **Die Aufhebung der landwirtschaftlichen Schutzzölle soll nach der Behauptung des bayerischen Bauernführers Dr. Heim bevorstehen. Dr. Heim erklärt, die entsprechenden Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland seien bereits so weit gediehen, daß folgendes feststehe: Die Zollschranken zwischen Bayern und Österreich-Ungarn sollen fallen; der Zoll auf Hopfen ebenfalls. Über den Gerstenzoll schweben noch Verhandlungen. Auch für Gerste verlange Österreich-Ungarn Zollfreiheit. Für Vieh werde sie gleichfalls angestrebt; für Most und Wein sei sie bereits zugestanden.**

✚ **Der Staatshaushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Lage der Pensionäre. Der Finanzminister stellte einen Erlaß in Aussicht, der ein weiteres Entgegenkommen gegen die Wünsche der Pensionäre darstellt. Von einer gesetzlichen Regelung der Frage will er jedoch Abstand nehmen. Ebenso ist er nicht geneigt, sämtlichen Pensionären ohne Rücksicht auf ihr Einkommen laufende Zuwendungen zu gewähren. Die Bezüge der Beamten, die zum Heeresdienst eingezogen sind, sollen ebenfalls neu geregelt werden. Es ist in Aussicht genommen, daß die Löhnung der Gefreiten und Gemeinen im mobilen und immobilen Verhältnis nicht in Abzug gebracht werden darf, d. h. daß die Löhnung bei der Gewährung von Teuerungszulagen in keiner Weise zur Anrechnung kommt. Für die übrigen im Heeresdienst stehenden Beamten soll von den jetzt anrechnungsfähigen Beträgen der Betrag der Gemeinen- und Gefreitenlöhnung nach dem Durchschnittssatz von etwa 180 Mark in Abzug gebracht werden.**

Portugal.

✖ Die Friedensbewegung in Portugal, die bisher von der Ententepresse totgeschwiegen oder abgeleugnet worden ist, nimmt immer größeren Umfang an. Es ist bezeichnend, daß der Verband sich weigert, die neue Regierung in Lissabon anzuerkennen. Man bringt ihr also anscheinend Mißtrauen entgegen, obwohl sie dem Verbande Bündnistreue zugesichert hat. Pariser Blätter schreiben, die revolutionäre und die kriegsfeindliche Bewegung nehme in Portugal wie in Spanien Formen an wie die Maximalistenbewegung in Rußland.

Freigesprochen.

A) Vaterländischer Familien-Roman von Ludwig Butzer.

(Nachdruck verboten.)

Er gab sich alle Mühe, über das Gehörte nicht weiter nachzugrübeln, allein die Schöne im weißen Kleide trat immer wieder vor ihn. Ob er nun gegen die Wand oder in die vom Monde matterleuchtete Kammer blickte — überall begegnete er dem von rabenschwarzen Haaren umrahmten Antlitz mit den steinernen Zügen und den rätselhaften träumerischen Augen.

Sobald es sich im Hause zu regen begann, stand er auf. Der Morgen dämmerte erst schwach, als er sich auf den Weg machte. Nach einer zweistündigen Wanderung, auf der ihn die Erlebnisse des vorhergegangenen Abends beschäftigten, gelangte er an eine Stelle, die einen größeren Rundblick gewährte.

Er hielt auf dem ebenen, mit Waldungen vermischten Gelände kurze Umschau und gewahrte in weiter Ferne einen Mann, der ein Tannenbäumlein trug. Da fiel ihm ein, daß heute Christabend war. Unwillkürlich beschleunigte er den Schritt. Wie sehnte er sich nach den glücklich leuchtenden Augen und dem seligen Jubel der Kleinen, die er seit drei Monaten nicht mehr gesehen!

Gleich darauf aber befiel ihn wieder eine große Beklemmung, ein Angstgefühl. Wie wird er wohl von Marie und seinem Schwiegervater empfangen? Er war ja kein Weihnachtsgast, den man mit Freude erwartet, der das Glück der schönsten Stunde des Jahres erst voll macht. Er kam aus dem Gefängnisse — freigesprochen, aber doch geächtet.

Gänzlich erschöpft, erreichte er bei eingebrochener Abenddämmerung sein Ziel. Finsteren Blickes durchschritt er die auf den Eisstoß harrende Menschenmenge auf der Donaubrücke, um nach dem kurzen Gespräche mit Schweitzer seiner am Schiffelmarkt gelegenen Wohnung zuzueilen.

II.

Oberst von Seeberg ging gedankenvoll in seinem Arbeitszimmer auf und ab. Er war ein Mann von mittlerer Größe und kräftigem Körperbau, der trotz seiner überschrittenen Sechzig noch über eine fast jugendliche Geschmeidigkeit in Haltung und Bewegung verfügte. Buschige, dunkle Brauen beschatteten kleine, klug blitzende Augen und die Linien des festgeschlossenen Mundes ließen auf einen energischen Charakter schließen. Er hatte soeben ein großes Schreiben zusammengefaltet und mit seinem Privatsiegel versehen, die Absendung desselben schien ihm indessen schwer zu fallen, denn so oft er an den Tisch gelangte, betrachtete er es längere Zeit, und zuweilen zuckte es in seinen Zügen. Wiederholt blickte er empor zu den beiden Gemälden über dem Tische. Aus einfachen, schwarzen Holzrahmen sahen Ludwig der Erste im Krönungsornate und Maximilian der Zweite mit seinen milden, väterlichen Augen auf ihn nieder, und er schien diese Augen zu fragen, ob es auch recht sei, was er soeben getan. Entschlossen ergriff er plötzlich eine kleine Glocke und läutete. Gleich darauf stand ein alter Soldat mit rotglänzendem, gutmütigem Gesicht vor ihm.

„Trag diesen Brief zur Brigade, Josef!"

„Sehr wohl, Herr Oberst!"

„Im Falle die Kanzlei bereits geschlossen sein sollte — 's ist ja heute Weihnachtsabend — dann gib den Brief direkt beim Herrn General ab."

„Sehr wohl, Herr Oberst!"

„Josef!" rief der Oberst den Diener, welcher bereits unter der geöffneten Türe stand, zurück, „sage, — na, was wollte ich fragen — wie lange sind wir beide nun beieinander, Josef?"

„Im Frühjahr werden's dreißig Jahr', Herr Oberst; 1824 war's; der Herr Oberst waren damals noch Oberleutnant und ledig. Gerade vorhin hab' ich d'rangedacht, Herr Oberst! Heute sind's achtundzwanzig Jahre, daß ich einen Blumenstrauß und ein Paket zur gnädigen Frau getragen habe, die damals noch ein Fräulein war. Hatte die eine Freude! Und nun sind schon wieder zwanzig Jahre vorüber, seit die gnädige Frau tot ist. Nun, das wissen der Herr Oberst alles noch besser . . . Gott hab' sie selig!"

Der Herr Oberst war, die Arme auf der Brust verschränkt, vor seinem Diener stehen geblieben. Bei den ersten Worten desselben drückten seine Züge ein freundliches Wohlwollen aus, dann aber wurden sie eigentümlich weich. „Ja, das ist lange her," sagte er nach einer längeren Pause, „und es war schöne glückliche Zeit war es. Nun werden wir alt, Josef, und im Alter entschließt man sich schwer zu etwas Neuem. Ich meine, es würde uns beiden schwer fallen, wenn wir uns trennen müßten?"

Das Gesicht des Dieners war um einen Ton röter geworden. Seit Jahren hatte der Oberst nicht mehr in dieser Weise zu ihm gesprochen. Er fühlte, daß etwas Außergewöhnliches in der Luft liegen müsse und antwortete verlegen: „Ich bin bereits fünfmal eingestanden und denke . . . und meine halt, daß ich überhaupt nicht vom Herrn Obersten fortkomme."

„Wenn ich aber pensioniert werde, Josef, was denn?"

„Das gibt's nicht, Herr Oberst!"

„Jedenfalls werde ich dann für dich sorgen," sprach der Oberst lächelnd. „Nun geh und besorge den Brief!"

In dem Augenblicke, als der alte Bursche die Türe öffnete, hörte man jemanden die Treppe heraufkommen, und gleich darauf erschien Hartfeld auf dem Vorplatze. Der Diener stand ein paar Augenblicke wie angewurzelt und starrte auf den Ankommenden. Das eisige an Hartfeld gerichtete „Darf ich bitten" des Obersten brachte ihn aber rasch zur Besinnung und bedächtig ging er die Treppe hinab. — „Guten Abend, Vater!" grüßte Hartfeld etwas gedrückt, indem er dem Obersten die Hand zum Gruße reichte.

„Einen Augenblick . . . ich will erst Licht machen," entgegnete dieser, sich kühl von Hartfeld abwendend. „Es ist mir angenehm," begann er dann, „daß ich Sie treffe, bevor Sie — meine Tochter sprechen. Erörterungen so peinlicher Natur, wie sie unerbittlich an mich herantreten —"

Wenn ich noch einen Augenblick verweilen soll, dann einen anderen Ton, Vater!" unterbrach ihn Hartfeld, sich hoch aufrichtend, mit blitzenden Augen. „Sie haben sich bereits bei meiner Verhaftung unverantwortlich gegen mich benommen und das in Gegenwart eines Fremden!"

„Unverantwortlich?" fuhr der Oberst auf. „Ich bin gewohnt, für meine Handlungen jederzeit einzustehen!"

„In diesem Falle können Sie das [illegible] Sie vergessen, daß ich unschuldig b[illegible]!" (Forts. folgt.)

Aus In- und Ausland.

Berlin, 13. Dez. Die Kommission zur Durchberatung der preußischen Wahlreform hat den Nationalliberalen Hausmann (Lauenstein) zum Vorsitzenden gewählt.

Berlin, 13. Dez. Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands und der geschäftsführende Ausschuß in Preußen fordern in einem Aufruf das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen, mit Verhältniswahl zum Schutz der Minderheiten und die Abschaffung des Herrenhauses.

Wien, 13. Dez. Da sich das Befinden des Grafen Czernin wesentlich gebessert hat, ist die nächste Sitzung der österreichischen Delegation für den 19. Dezember anberaumt worden.

Bern, 13. Dez. Nach amerikanischen Meldungen ist der ehemalige Zar in Tobolsk im Verlauf eines Streites von seinen Wächtern getötet worden.

Bern, 13. Dez. Von der Mehrheitspartei der Bundesversammlung wird Vizepräsident Colander zum Präsidenten des Bundesrats für 1918 vorgeschlagen werden.

Zürich, 13. Dez. Die amerikanischen Getreidelieferungen für die Schweiz werden im Februar nächsten Jahres beginnen.

Lugano, 13. Dez. Die Schweizer Regierung hat infolge des Kohlenmangels die Schließung aller Schulen angeordnet.

Rom, 13. Dez. Ministerpräsident Orlando verlas in der Kammer eine Erklärung, in der er den Heldenmut der italienischen Truppen rühmte und darauf hinwies, daß noch ungeheure Schwierigkeiten bevorständen, die sich am besten am schlechten Stande des Wechselkurses ermessen lassen.

Die Kohlenversorgung.

RK. Berlin, 13. Dezember.

Heute ging es im preußischen Abgeordnetenhause im Vergleich zu den tiefgehenden politischen Auseinandersetzungen der vorhergehenden Tage ruhig und leidenschaftslos her. Die erregten Gemüter haben sich in der großen Wahlrechtsdebatte und in der Aussprache über die Vaterlandspartei abgekühlt, und die nahende Weihnachts- und Ferienstimmung tut das übrige, um den Abschluß dieser Landtagstagung möglichst nüchtern zu gestalten. Und doch handelt es sich um eine im wahrsten Sinne des Wortes „brennende Frage". Die Kohlennot steht zur Debatte und die Unterlage der Beratungen der Vollversammlung bilden Anträge des Haushaltsausschusses und der Fortschrittler und Konservativen.

Im Haushaltsausschuß ist die Angelegenheit mit gewohnter Gründlichkeit durchgesprochen worden und hat sich zu den jetzt vorliegenden Anträgen verdichtet, die dahingehen, daß die Kohlenförderung nach Möglichkeit gehoben und die für die Verbraucher notwendigen Mengen rechtzeitig bereitgestellt werden müssen. Dann bringen sie eine Reihe landwirtschaftlicher Wünsche zum Ausdruck, wie die ausreichende Versorgung der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe mit Kohle und schließlich wird die gewiß allgemein unterstützte Forderung aufgestellt, daß eine ausreichende Belieferung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke unbedingt sichergestellt werden muß. Daneben verlangt ein konservativer Antrag die Überlassung von Holz an die Bäcker, und die Fortschrittler wünschen größere Rücksichtnahme bei der Zusammenlegung gewerblicher Betriebe. In der allgemeinen Aussprache wurde allseitig hervorgehoben, daß die Kohlennot bereits einen hohen Grad erreicht hat. Über die Mittel, wie dem Übel abzuhelfen sei, gingen die Meinungen freilich vielfach auseinander.

Der konservative Abg. **Schulze-Pelkum** machte für die Übelstände auch auf diesem Gebiet den „übertriebenen Kriegssozialismus" verantwortlich, womit er bei dem sozialdemokratischen Abg. Hué natürlich auf Widerspruch stieß. Das bisweilen wilde Durcheinanderarbeiten der verschiedenen Kohlenbehörden, der immer steigende Schleichhandel mit Kohlen, die aus der Kohlennot sich ergebende Papiernot und vieles andere wurde von den Rednern vorgetragen.

Warnungen vor weiterer Einschränkung des Personen-Eisenbahnverkehrs

richtete der Redner an die Regierung. Wir legen Wert darauf, daß der übertriebene Kriegssozialismus, den wir auch bei der Kohlenverteilung am Werke sehen, möglichst bald beseitigt wird und der legitime freie Handel wieder eintritt. Hätten wir alle die Wagen, die bei unsern Bundesgenossen und bei den Neutralen umlaufen, im Lande, dann gäbe es bei uns keine Kohlennot.

Abg. **Vogelsang** (Ztr.) rühmt die aufopfernde Tätigkeit der Bergarbeiter. Leider sind die Schutzbestimmungen im Kriege beseitigt worden. Mit der Frauenarbeit haben sich die Bergarbeiter nur ungern abgefunden. Frivole Streiks haben im Bergbaugebiet nicht stattgefunden. Die Bergarbeiter erhalten keineswegs wucherisch hohe Kriegslöhne. Durch Schuld der Eisenzentrale des Kriegsamtes und des Unternehmerverbandes des Siegerlandes wäre es bald zu einem Ausstande von über 20 000 Erzbergarbeitern gekommen, weil die Unternehmer nur dann eine Lohnerhöhung zugestehen wollten, wenn eine Erhöhung der Eisenpreise vom Kriegsamte bewilligt würde. Wir bedauern den Wechsel im Kriegsernährungsamte auf das höchste, weil sich der erste Präsident des Amtes das Vertrauen der breiten Massen erworben hatte.

Abg. **Frenzel** (Vp.) glaubt, daß man trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten auf eine bessere Zukunft hoffen darf. Es ist keine Versorgung, wenn eine Fabrik die Kohlen, die sie morgen braucht, erst heute erhält. Dabei haben wir reichlich Kohlengruben. Nur die Transportschwierigkeiten sind groß. Im Saar-Revier mußte die beunruhigte Bevölkerung drei Wochen lang auf Antwort warten, nachdem sie bestimmte Wünsche geäußert hatte.

Keine Kohlenpreis-Erhöhung.

Aus einer Mitteilung des Handelsministers **Sydow** über den gegenwärtigen Stand der Kohlenversorgung und die Verkehrsverhältnisse konnte die tröstliche Gewißheit entnommen werden, daß die Gerüchte von einer zum 1. Januar bevorstehenden Kohlenpreis-Erhöhung unbegründet sind.

Reichskohlenkommissar Geh. Bergrat **Stutz** wandte sich gegen den Schleichhandel mit Kohlen. Beamte des Kohlensyndikats hätten Kohlen gegen Lebensmittel abgegeben. Sie seien in Untersuchungshaft genommen.

Abg. **Hué** (Soz.) bespricht in ausführlicher Weise Bergarbeiterwünsche.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 15. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{07}	Mondaufgang	9^{00} V.
Sonnenuntergang	3^{44}	Monduntergang	4^{00} N.

1842 Dichter Karl Stieler geb. — 1860 Mediziner Niels Ryberg Finsen, Erfinder der Lichtstrahlenheilkunde, geb. — 1914 Frankreich bietet alle Männer im Alter von 18 bis 52 Jahren auf.

* **Seminarkursus für Gewerbelehrer.** Zur Ausbildung von Gewerbelehrern beabsichtigt der preußische Minister für Handel und Gewerbe von Ostern 1918 ab wieder einen Seminarkursus von einjähriger Dauer zu veranstalten, an dem auch Kriegsbeschädigte teilnehmen können. Der Kursus wird in Charlottenburg unter Leitung des Landesgewerbeamts stattfinden. Außer den bisher vorhandenen drei Gruppen, die für die Metallgewerbe, das Baugewerbe und das Kunstgewerbe eingerichtet sind, werden Lehrer der Nahrungsgewerbe und der ungelernten Arbeiter ausgebildet. In den Kursus können Techniker und Handwerker, Berufslehrer und Kriegsbeschädigte Offiziere aufgenommen werden. Bewerber haben sich bis zum 31. Dezember d. J. beim Regierungspräsidenten zu melden.

□ **Richtiges Benehmen an den Postschaltern.** Das Reichspostamt hat einen Leitfaden für das Publikum im Verkehr mit den Postanstalten zusammengestellt, der aus folgenden „zehn Geboten" besteht: Fertige Aufschriften, Telegramme usw. recht deutlich aus. Wähle für deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden. Tritt an den richtigen, durch Inschriften bezeichneten Schalter von rechts heran. Kaufe Marken, Postkarten usw. nicht in einzelnen Stücken, sondern in deinem Verbrauch angemessenen Mengen, namentlich auch in Markenheftchen oder Kartenblöcken. Für kleinen Bedarf bediene dich der Postwertzeichengeber. Klebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vorher auf, auch auf Postanweisungen. Halte das Geld abgezählt bereit. Übergib größere Mengen Papiergeld stets geordnet. Vermeide unnötige Fragen an die Beamten; belehre weniger gewandte Personen und hilf ihnen. Lege gewöhnliche Briefsendungen in Briefkasten, Briefsendungen in größerer Zahl gib geordnet am Schalter ab. Fördere den bargeldlosen Zahlungsausgleich durch Anschluß an den Postscheck- und den Bankverkehr. Benutze bei eigenem, stärkerem Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinlieferungs-Bücher und Verzeichnisse, Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibbriefen).

+ Die Erhebung eines 15 %igen Zuschlags auf alle Güter- und Tier-Tarife der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft hat der Preußische Landeseisenbahnrat einstimmig beschlossen. Die Vorlage geht noch an den Landtag, und die Erhöhung soll in Form eines Kriegszuschlags am 1. April 1918 in Kraft treten. Dieser Kriegszuschlag soll nur vorübergehend während des Krieges bestehen, später abgebaut und eventuell in das Tarifsystem eingearbeitet werden. Der Landeseisenbahnrat beschloß ferner, die bestehenden Ausnahmetarife für Petroleum, Benzin und Schmieröl sowie die Frachtermäßigungen für Saatgut aufzuheben.

+ **Über den Plan der zukünftigen Kartoffelverteilung** machte Unterstaatssekretär Dr. Müller vom Kriegsernährungsamt in einer Besprechung mit Vertretern der Presse interessante Mitteilungen. Danach ist unsere Futterernte schlecht und unsere Brotgetreideernte nicht ganz ausreichend gewesen. Die Kartoffelernte war so gut, daß die meisten Gegenden bereits für den Winter versorgt sind. Dennoch können vorläufig nicht mehr als 7 Pfund Speisekartoffeln auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben werden, schon deshalb nicht, weil ein großer Teil der Kartoffeln als Pferdefutter an das Heer abgegeben werden muß. Wenn sich die Verhältnisse besser gestalten sollten, kann vielleicht zu einer Erhöhung der Kartoffelrate geschritten werden.

o **Postscheckverkehr.** Mit Rücksicht auf die Papierknappheit hat das Reichspostamt nachgegeben, daß die den Nachnahmekarten anhängenden Postanweisungen als Zahlkarten verwandt werden können, wenn handschriftlich mit Tinte, durch Druck, oder mit der Schreibmaschine auf dem Hauptteile das Wort „Postanweisung" in „Zahlkarte" geändert und das Postscheckkonto genau bezeichnet sowie auf dem Abschnitt am Kopfe das Wort „Zahlkarte" und am Fuße der Vermerk „Zahlkarte für Konto Nr. . . . Postscheckamt . . ." angegeben werden. Die Postanstalten nehmen jetzt Schecks auf Banken, Genossenschaften, Sparkassen usw. an, wenn im Scheck als Zahlungsempfänger die Postkasse, an die Zahlung geleistet werden soll, oder eine andere Kasse, Firma oder Person mit dem Zusatz „oder Überbringer" angegeben ist. Künftig werden die Postanstalten auch Schecks in Zahlung nehmen, in denen überhaupt kein Zahlungsempfänger bezeichnet ist.

o **Preise für deutschen Tee.** Für Ersatztee (deutschen Tee) sind bekanntlich Richtpreise festgesetzt. Dieser Preisregelung suchen sich neuerdings manche Drogen- und andere Firmen dadurch zu entziehen, daß sie diese Tees als Medizinaldrogen oder Medizinaltees bezeichnen, wie dies z. B. bei Tee aus Brombeer-, Himbeer- und Erdbeerblättern neuerdings geschehen ist. Solchen Versuchen unberechtigter Preisforderung ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

× **Die Verstempelung der Miet- und Pachtverträge** und zwar sowohl der mündlichen als auch der schriftlichen hat im Januar n. J. durch den Vermieter oder Verpächter zu erfolgen. Ihre Unterlassung zieht die gesetzlichen Strafen nach sich.

— Die Aushändigung postlagernder Sendungen erfolgt, woran erinnert wird, bei dem im Bereiche des 7. Armeekorps gelegenen Postanstalten des Bezirks der Oberpostdirektion in Dortmund gegen Vorlegung 1. eines polizeilichen Ausweises zur Empfangnahme postlagernder Sendungen, der in den Stadtgemeinden von der Polizeiverwaltung, in den Landgemeinden vom Landrat, Amtmann oder Landbürgermeister ausgestellt ist, oder 2. eines im Inlande ausgestellten deutschen Passes an den Paßinhaber, oder 3. eines für den Aufenthalt in Seebädern vorgeschriebenen Ausweises, sofern dieser die Personbeschreibung, die Photographie und die beglaubigte eigenhändige Unterschrift desjenigen enthält, der den Ausweis zur Empfangnahme der Sendungen gebraucht. Für die aus dem Felde beurlaubten und dienstlich entsandten Militärpersonen gilt als Ausweis zur Abforderung postlagernder Wert- und Einschreibesendungen, Postanweisungen und Pakete das mit der eigenhändigen, durch den Truppenteil beglaubigten Unterschrift des Inhabers versehene Soldbuch, Postausweiskarten berechtigen nicht zum Empfang postlagernder Sendungen.

* Der Weihnachtsverkehr auf der Eisenbahn. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß Sonderzüge für den Weihnachtsverkehr nicht gefahren werden. Mit Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs muß daher gerechnet werden. Alle nicht unbedingt nötigen Reisen müssen unterbleiben.

):(Tannenbäume sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Um Preistreibereien auf dem Tannenbaummarkt zu verhindern, erklärt das Kriegswucheramt, daß Tannenbäume für die Weihnachtsfeier als Gegenstände des täglichen Bedarfs im Sinne der Preiswucherverordnung anzusehen sind.

— Der Personenzug 349 Soest—Altenbeken hält wieder regelmäßig in Salzkotten (an 3.44 ab 3.45 Uhr nachmittags).

Paderborner Stadtchronik.

— Die Belästigungen von Frauen und Mädchen in den Abendstunden in den Straßen der Innen- und Außenstadt, scheinen wieder stark zuzunehmen. Allein gestern wurden uns vier Fälle mitgeteilt, in denen Frauen und junge Mädchen und das jedes Mal von Soldaten belästigt wurden. In einem Falle sprach ein Soldat eine Frau in der Dunkelheit um Geld an. Wenn die Militärbehörden ab und zu auf diese Mißstände warnend aufmerksam machen ließen, wäre ihr die Bürgerschaft und namentlich unsere Frauenwelt sehr dankbar.

):(Schuhkurse. Gestern fanden die ersten Schuhkurse ihren Abschluß. Von nah und fern waren Lernbegierige, darunter auch einige aus Lippspringe herbeigeeilt, um diesem zeitgemäßen Kursus beizuwohnen. Nach eigener und anderer Ueberzeugung sind die Schuhe praktisch und vor allen Dingen gut sitzend. Nach Aussage der Teilnehmer hat es keinen gereut, die wenigen Tage geopfert zu haben. Also auf zu dem neubeginnenden Schuhkursus.

Von Nah und Fern.

⊙ Externsteine, 14. Dezember. Die Fürstlich Lippische Rentkammer stellt zu der Notiz über den angeblichen Verfall und mangelnden Schutz des Bildwerks der Kreuzabnahme in den ihrer Verwaltung unterstehenden Externsteiner Felsen bei Horn (Lippe) fest, daß das Bildwerk keineswegs in den letzten Jahren durch „Verwitterung stark gelitten hat" und auch keineswegs „in beschleunigtem Tempo seinem Verfall entgegengeht"; daß die Anbringung des in Vorschlag gebrachten Schutzdaches oder einer ähnlichen Vorrichtung bei der allgemein anerkannten, besonders wetterbeständigen Beschaffenheit des Materials unnötig ist, sich auch aus künstlerischen und anderen Gründen verbiete; daß seit Jahrzehnten alles Erforderliche zur Erhaltung des Bildwerks der Kreuzabnahme und der sonstigen alten Bau- und Kunstdenkmäler an den Externsteiner Felsen geschehen sei und noch geschieht (durch Anbringung von Eisengittern und Warnungstafeln, durch eine Blitzschutzanlage und vor allem durch gehörige Beaufsichtigung).

i **Werl, 12. Dez.** Am Montag 2 Uhr früh passierte ein Militärlastautomobil den hiesigen Ort. Zwei Nachtschutzleute, denen das Auto verdächtig vorkam, verhinderten die Weiterfahrt. Der Chauffeur hielt erst dann, als die Schutzleute ihm ihre Revolver vorhielten. Außer zwei Soldaten befanden sich vier Zivilpersonen auf dem Auto. Die Ladung bestand aus mehreren Zentnern Hanfgarn und Roßhaaren. Das Auto wurde mit der wertvollen Ladung beschlagnahmt und der Chauffeur verhaftet. Seine Begleiter wurden nach Feststellung der Personalien entlassen. Im Laufe des gestrigen Tages stellte sich heraus, daß die Ladung des Autos von einem großen Diebstahl bei der Firma Bertram in Soest herrührte. Das Auto gehört nach Duisburg, wo es von der Militärbehörde einer Werkstatt zur Reparatur übergeben war. Die beiden Werler Schutzleute haben mit dem glücklichen Fang den Anspruch auf 1000 ℳ Belohnung erworben, die die bestohlene Firma auf die Ergreifung der Diebe ausgesetzt hatte.

):(Essen, 13. Dezember. Das Schwurgericht verurteilte heute abend den den belgischen Arbeiter Emil Ertveldt und den russischen Arbeiter Kodat von hier, welcher gemeinschaftlich am Abend des 31. Oktober ds. Js. den belgischen Arbeiter Peter Geurds ermordet und beraubt hatten zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

‡ **Köln, 13. Dez.** Zu Stadtverordneten sind zum erstenmale drei Sozialdemokraten gewählt, einer in der zweiten, zwei in der dritten Abteilung. Das Kollegium zählt jetzt 34 Zentrumsleute (bisher 36), 23 Liberale (bisher 24) und 3 Sozialdemokraten (bisher keine).

Kleine Nachrichten aus Westdeutschland.

Die Teilhaber der Seidenweberei Delius & Söhne stifteten 100 000 Mark für Bielefelder Kriegswohlfahrtszwecke. — Die Polizei beschlagnahmte in Obligs am Bahnhof mehrere Zentner Erbsen und Linsen, die ein dortiger Schleichhändler in Schließkörben eingeführt hatte. — In der Fabrik der Firma Kortenbach & Rauh, ebenda, wurden Treibriemen im Werte von über 3000 Mark gestohlen. Die Polizei fand die in Stücke zerschnittenen Riemen in der Wohnung eines Arbeiters der Firma und entdeckte weitere Treibriemen, Anzugstoffe, Schuhwaren usw. alles aus Diebstählen herrührend, in der Wohnung von Angehörigen des Arbeiters. — Einbrecher statteten der Wohnung des Fabrikanten Engels in Solingen einen Besuch ab. Die Spitzbuben waren offenbar ausgesprochene Silberdiebe; sie stahlen das ganze Silbergerät im Werte von über 4000 Mark, ließen aber alle anderen Sachen unberührt und verschmähten selbst gute versilberte Sachen. — In Steele (Ruhr) stürzte ein Straßenbahnwagen um. Ein 14jähriges Mädchen wurde getötet, eine Schaffnerin und ein Arbeiter wurden schwer verletzt. — Der Kriminalpolizei in Witten gelang es, eine siebenköpfige jugendliche Einbrecherbande hinter Schloß und Riegel zu bringen, die 37 Einbrüche verübt hat. Ein großer Teil der gestohlenen Sachen wurde beschlagnahmt, verschiedene Angehörige werden sich wegen Hehlerei zu verantworten haben. — Vier kriegsgefangene Engländer, die sich auf dem Wege nach der holländischen Grenze befanden, wurden in Schüttorf festgenommen und dem Militärkommando übergeben. — Auf dem Bahnhof in Wetzlar fuhr ein D-Zug auf die leeren Wagen eines Personenzuges. Zwei Personen wurden leicht verletzt. Einiger Materialschaden ist entstanden.

Vermischtes

Schiebungen mit Lebensmitteln u. Bedarfsgegenständen.

Der Polizeibericht in Essen meldet über umfangreiche Lebensmittelschiebungen. Die Täter, zum Teil Beamte des Kohlensyndikates, die ihre Geschäfte gleichzeitig mit Kohlenschiebungen verbanden, handelten nur „waggonweise": 10 000 Ztr. Zucker, 35 Waggons Weißkohl, 500 Doppelzentner Weizenmehl und dergleichen. Hoffentlich gelingt es, die Herkunft dieser Waren festzustellen. Da es sich beinahe um ganze Güterzüge handelt, ist es rätselhaft, wie die Täter an diese Waren kommen konnten. Nur wenn die Bevölkerung selbst genügendes Interesse an der Ueberführung der Täter zeigt, dürfte die Untersuchung weiteren Erfolg versprechen.

Die Aufdeckung dieser Schiebungen sollte nicht spurlos von Schiebungen ähnlicher Art vorübergehen. Es ist öffentliches Geheimnis, daß Schiebungen ähnlicher Art an vielen Orten vorkommen. Die Kohle gilt als besonders begehrter Artikel zum Eintausch von Lebensmitteln. Wer letztere abzugeben hat, braucht keinen Kohlenmangel zu leiden. Das Tauschgeschäft blüht wie nie zuvor. Wer etwas zu veräußern hat, will dagegen nichtrationierte Lebensmittel eintauschen. So geht es mit Kohlen, so auch besonders mit Schuhen und Kleiderstoffen. Stadt und Land leiden unter diesen Tauschgeschäften. Hier hat die Behörde ein reiches Feld der Betätigung.

o **Die Leipziger Frühjahrsmustermesse findet im kommenden Jahre vom 3. bis zum 9. März statt. Die Anmeldungen von in- und ausländischen Ausstellern und Einkäufern haben beim Meßamt für die Mustermessen in Leipzig schon jetzt großen Umfang angenommen.**

o **Getrennt arbeiten, getrennt fahren. Die badische Eisenbahnverwaltung hat im Hinblick auf die mancherlei Mißstände und die in der Öffentlichkeit laut gewordenen Klagen mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß Arbeiter und Arbeiterinnen in den Zügen unbedingt getrennt zu befördern sind. Das läßt tief blicken.**

● **Keine Zeitungsfreiexemplare mehr in der Schweiz.** Wie der Frankf. Ztg. aus Bern berichtet wird, hat die Generalversammlung des Schweizerischen Zeitungsverleger-Vereins ein allgemein verbindliches Verbot der Abgabe von Freiexemplaren ausgesprochen.

● **Brand in einer französischen Schiffsausrüstungsfabrik.** Aus Poitiers wird gemeldet: In der Fabrik in Mions les Lourdines brach in der Werkstatt für Schiffsausrüstungsgegenstände ein Brand aus. Ein Gebäude wurde zerstört; mehrere Arbeiterinnen wurden getötet, fünfzehn wurden verwundet, darunter acht ziemlich schwer.

● **Die Katastrophe von Halifax.** Nach den letzten Meldungen aus Kanada entstand die furchtbare Explosion in Halifax im Arsenal der Vorstadt Richmond, also nicht, wie es ursprünglich hieß, infolge des Zusammenstoßes zweier Schiffe. Sämtliche Schiffe der „Canadian Pacific Railway", die im Hafen lagen, sind gesunken. Die Zahl der Schwerverwundeten wird auf über 5000 angegeben. Die Toten liegen aufgehäuft in den Parkanlagen und auf offenen Plätzen.

Bankmonopole?

Von einem finanzwissenschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Entwicklung, die man den „Konzentrationsprozeß im deutschen Bankgewerbe" genannt und vor dem Kriege mehrfach wissenschaftlich beschrieben und zergliedert hat, schreitet in der Kriegswirtschaft kräftig fort. Die Voraussetzungen sind der Zusammenballung immer riesenhafterer Interessengruppen jetzt sogar noch günstiger als zuvor. Während des Krieges hat das ganze Bankgeschäft sich verändert und vorläufig — auch sehr wesentlich vereinfacht. Schwierige Finanzierungsgeschäfte im In- und Auslande kommen kaum mehr in Frage; die industrielle Kreditgewährung ist durch die Leerung der Lagerbestände und durch den raschen, gewinnreichen Umsatz der Kriegserzeugung erheblich entlastet. Die Hauptaufgabe der Banken besteht augenblicklich darin, die freien Mittel des Geld- und Kapitalmarktes, die sich zwischen den Kriegsanleihen in ungeheuren Mengen ansammeln, dem laufenden Kreditbedarf, der in sehr großem Umfange solcher öffentlicher Körperschaften (des Reichs, der Bundesstaaten, Provinzen, Gemeinden) ist, rasch und reibungslos zuzuführen. Dabei erzielen ganz naturgemäß diejenigen Banken den stärksten Erfolg, die über das größte und dichteste Netz von Filialen und Depositenkassen verfügen und deren Name und Ruf das Publikum und seine Gelder am meisten anlockt. Kleinere Institute können bei der gegenwärtigen Lage, die die Pflege geschäftlicher Spezialitäten (für die der Riesenbetrieb zu bürokratisch arbeitet) ausschaltet oder doch einschränkt, nicht entsprechend mitkommen und sind deshalb stärker der Versuchung ausgesetzt, sich aufsaugen zu lassen; auf der anderen Seite haben die führenden Großbanken so große Umsätze und Gewinne, daß sie für die Bankunternehmungen, die sie erwerben wollen, gute Preise anlegen können.

Drei von den Großbanken, die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft und die Dresdner Bank haben sich während des Krieges durch Aufsaugung und Angliederung großer und kleinerer Provinzbanken außerordentlich ausgedehnt. Sie bilden jetzt im deutschen Bankwesen eine Klasse für sich und lassen die übrigen Institute, die man bisher den Großbanken zuzurechnen pflegte, an Kapitalmacht und Betriebsumfang weit zurück. Möglich, daß das eine oder andere dieser Institute auf der gleichen Bahn folgt und den Abstand, der es jetzt von den drei Riesenbanken trennt, wieder verkürzt; möglich aber auch, daß die eine oder andere der kleineren „Großbanken", die selbständig nicht mehr zu größerer Rentabilität gelangen kann, am Ende ebenso verschluckt wird wie zahlreiche bisher führende Provinzinstitute oder wie der bis zu seiner Aufsaugung unter die Großbanken gezählte Schaaffhausensche Bankverein.

Welche Rolle sollen und werden die neuen Bildungen des Bankwesens in der kommenden Friedenswirtschaft spielen? Ihre ungeheure Macht, ihr Monopolcharakter liegen offen zutage. Sollen die Privatmonopole bleiben oder soll die Gemeinwirtschaft die Hand auf sie legen? Wer die Volkswirtschaft nach dem Kriege genau wie die der Vorkriegszeit individualistisch organisieren, wer, nach einer unvermeidlichen, aber möglichst kurz zu haltenden Übergangsperiode der Zwangsregelung, öffentliche Eingriffe in die Wirtschaft möglichst ausschalten will, der wird geneigt sein, auch den Bankmonopolen das freie Spiel ihrer Kräfte zu lassen. Wer glaubt, daß wir mindestens gewisse große Zweige unserer Gütererzeugung und -verteilung gemeinwirtschaftlich organisieren müssen, wenn wir ohne unerträglichen Druck auf unsere Lebenshaltung und ohne Lähmung der notwendigen Kapitalbildung neue öffentliche Lasten decken wollen, die ein Viertel unseres bisherigen Nationaleinkommens oder noch mehr betragen — der wird die öffentliche Kontrolle der Großfinanz für notwendig halten. Nicht im Sinne einer mechanischen Verstaatlichung, die die bei allen Riesenbetrieben ohnehin sehr stark entwickelte Bureaukratisierung noch weiter treibt. Wohl aber in dem Sinne, daß Einrichtungen geschaffen und Vorkehrungen getroffen werden, die die volle Wahrnehmung der öffentlichen, gemeinwirtschaftlichen Interessen gestatten und sichern.

Ob die Banken unmittelbar, über die normale steigende Besteuerung aller Erwerbsbetriebe hinaus für die fiskalischen Interessen des Reichs herangezogen werden sollen, ist nicht ganz leicht zu sagen. Zwischen dem Zins, den die Banken für fremdes Geld vergüten und dem, den sie für Darlehen irgendwelcher Art fordern, einen staatlichen Anteil an der Kreditvermittlungsgebühr einzuschalten, erscheint bequem und einfach. Aber dadurch wird die Kapitalbildung beschnitten, Erzeugung und Handel, namentlich die Ausdehnung von Erzeugung und Handel mit Hilfe des Kredits, belastet und gehemmt; ein Ausgleich durch „Rationalisierung" des Betriebs (größere Leistung bei geringerem Material- und Arbeitsaufwand), wie er in der Industrie sehr oft erreichbar sein wird, ist hier nicht möglich. Auch wären der Höhe einer solchen Abgabe durch die wohl auch in Zukunft nicht zu beseitigenden internationalen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten des Geld- und Kapitalmarktes Grenzen gezogen. Das fiskalische Interesse kann also noch zweifelhaft sein. Außer Zweifel aber steht (wenn man überhaupt eine öffentlich geregelte Volkswirtschaft anstrebt), daß die Banken wirtschaftspolitisch ungleich mehr als früher in den Dienst und unter die Kontrolle der Gemeinwirtschaft gestellt werden müssen. Welche Industrien und Handelszweige im Inlande durch Kredit und Finanzierung vorzugsweise weiter entwickelt werden sollen, und in welchem Umfange dies zu geschehen hat, wie weit und in welcher besonderen Richtung dem deutschen Kapital Beteiligung an ausländischen Anlagen vermittelt werden soll wie, mit welchen besonderen Mitteln und mit welchen besonderen geographischen Zielen der deutsche Überseehandel und die Errichtung deutscher Unternehmungen und Unternehmungsniederlassungen im Auslande finanziell gestützt und gefördert werden sollen — all das sind Fragen, deren Lösung künftig nicht privater Geschäftspolitik allein überlassen werden, sondern von gemeinwirtschaftlichen Organen entscheidend beeinflußt werden könnte oder müßte. J. S.

Letzte Nachrichten.

Bonar Laws Prahlereien.

Amsterdam, 18. Dez. Bonar Law erklärte im Unterhause, daß die Deutschen, falls sie einen Angriff gegen Saloniki wagen sollten, die Engländer gerüstet finden würden. König Konstantin werde sicher nicht im Triumph nach Griechenland zurückkehren. Der Minister bestritt dann, daß die Engländer bei Cambrai Durchbruchsabsichten gehabt hätten.

Ehrung eines österreichischen Heerführers.

Wien, 18. Dez. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Erhebung des Generaloberſten Freiherrn Karl von Kirchbach in den Grafenstand.

Rücktritt eines türkischen Ministers.

Konstantinopel, 18. Dez. Den Blättern zufolge ist der Unterrichtsminister Schükri Bey zurückgetreten. Mit der Führung der Geschäfte des Ministeriums ist der Arbeitsminister Ali Münif Bey betraut worden.

Internationale Finanzpolitik.

Amsterdam, 18. Dez. Nach einem hiesigen Blatte veröffentlicht „Newyork Times" ein Telegramm aus Washington des Inhalts, daß die Regierung der Vereinigten Staaten im Einvernehmen mit den alliierten Mächten und den Neutralen daran denkt, als Basis für das internationale Geldsystem sowohl Gold als Silber anzunehmen, um den erhöhten Bedürfnissen des Weltkredits Rechnung zu tragen.

Die Bilanz von Halifax.

Amsterdam, 18. Dez. Die „Times" meldet aus Ottawa: Der kanadische Premierminister berichtet, daß infolge der Explosion in Halifax mehr als 10000 Menschen verunglückten und 27000 Personen obdachlos wurden.

Truppenentlassungen in Rumänien.

Schweizer Grenze, 18. Dez. Die „Morning Post" meldet von der rumänischen Front, daß im rumänischen Heere mit der Demobilisierung der 40- und 42jährigen begonnen wurde. Abgesandte der neuen maximalistischen Regierung Rußlands sind in Jassy eingetroffen und vom König Ferdinand empfangen worden.

Nach Redaktionsschluß eingegangen.

Weitere Unabhängigkeitserklärungen.

TU. Von der Schweizer Grenze, 14. Dezember. Wie die Pariser Blätter melden, haben Turkestan und das Armurgebiet ihre Unabhängigkeit erklärt.

Englischer U-Bootbericht.

TU. Haag, 14. Dezember. Die britische Admiralität teilt mit: In der vergangenen Woche wurden 14 Schiffe mit über 1600 Tonnen, 7 unter 1600 Tonnen versenkt. 11 wurden vergebens angegriffen.

Landwirtschaftliche Mobilisierung in Italien.

TU. Lugano, 14. Dezember. Aus Turin wird gemeldet, das sich die italienische Mobilisierung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf Männer von 15—65 Jahren und arbeitsfähigen Frauena usdehnt.

Verordnung
über den Handel mit Gänsen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über den Handel mit Gänsen vom 3. Juli ds. Js. und des auf ihren § 7 gegründeten Erlasses des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 24. November 1917 — A 2 11988 — wird hiermit verordnet:

§ 1.

Die entgeltliche Abgabe von geschlachteten Gänsen durch den Züchter oder Mäster ist bis auf weiteres im Kreise Paderborn nur an folgende Firmen in Paderborn gestattet:

1. Kaufmann Franz Sigge, Schildern
2. Kaufmann Paul Rutz (Westfälisches Kaufhaus), Schildern
3. Kaufmann Bianchi, Rathausplatz
4. Kaufmann Heinrich Kaufmann, Kasselerstraße
5. Händler Joseph Neugarten, Am Bogen.

§ 2.

Lebende Gänse dürfen nur nach Stückzahl verkauft werden.

Beim Verkaufe von lebenden Gänsen durch den Züchter oder Mäster darf der Preis von 19.— Mark, beim Weiterverkaufe ein Zuschlag von insgesamt 2.— Mark einschließlich Beförderungskosten für das Stück nicht überschritten werden.

Beim Verkaufe von geschlachteten Gänsen durch den Züchter oder Mäster an die genannten fünf Firmen dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

Frei deren Lager oder Laden der Firmen 3.75 Mark für das Pfund. Die Firmen sind gehalten, die an sie verkauften Gänse an die ihnen vom Kommunalverband bezeichneten Stellen mit einem Aufgeld von 15 Pfennig für das Pfund weiterzuverkaufen.

Die Preise gelten für ungeöffnete, gerupfte Gänse (ohne Schwanzfedern), sie schließen die Kosten der Verpackung ein. Die Verwendung von Stroh bei der Verpackung (Strohbindung) ist verboten.

§ 3.

Jeder anderweite Handel mit Gänsen im Kreise Paderborn als der nach den §§ 1 und 2 gestattete, ist verboten und jede Ausfuhr von Gänsen aus dem Kreise Paderborn bedarf der Genehmigung durch den Kommunalverband.

§ 4.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt.

§ 5.

Diese Verordnung erhält mit dem Tage der Veröffentlichung Wirkung, womit die Verordnungen vom 22. November und 6. Dezember 1917 außer Kraft treten.

Paderborn, den 12. Dezember 1917.

Der Kommunalverband.

Bekanntmachung

Vom 15. Dezember d. J. ab ist bei Benutzung von Schnellzügen anstelle der bisherigen, nach Preisstufen aufgebauten Ergänzungsgebühren eine Ergänzungsgebühr in Höhe von 100 vom Hundert des tarifmäßigen Fahrpreises zu entrichten. Die Ergänzungsgebühr beträgt mindestens 3 Mark.

Eilzüge gelten als zuschlagspflichtige Schnellzüge.

Nähere Auskunft erteilen die Fahrkartenausgaben und Auskunftsstellen.

Cassel, den 11. Dezbr. 1917.

Königl. Eisenbahndirektion.

Weihnachtsverkehr 1917.

Lokomotiven und Wagen werden für Heereszwecke und zur Heranschaffung der Lebensmittel dringend gebraucht. Sonderzüge für den Weihnachtsverkehr werden nicht gefahren; mit Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs muß daher gerechnet werden. Alle nicht unbedingt nötigen Reisen müssen unterbleiben.

Cassel, im Dezember 1917.

Königl. Eisenbahndirektion.

Altertumsverein.

Freitag, den 14. d. Mts., abends 8¼ Uhr im Hörsaal III der Bischöfl. Akademie

Vortrag

des Herrn Professor Dr. Tenckhoff:

„Die Lebensbeschreibung des Bischofs Meinwerk von Paderborn."



Prachtvolle

Weihnachts-Bäume

eingetroffen.

Gemüsehalle Merkur,

Telefon 720. Riemekestr. 20.

Der Verkauf findet täglich von morgens 9 bis nachmittags 5 Uhr statt.

Hopfen-Trub-Treber

vorrätig

Kreisfuttermittelstelle,

Am Bogen Nr. 2.

Kainit Kalisalz

(40%)

billigst

Landwirtschaftlicher Kreisverein, Paderborn.

Fräulein,

24 J., Waise, sucht Stellung für Januar 1918 als Stütze auf einem Gute bei guter Behandlung ohne gegenseitige Vergütung.

Angebote unter Nr. 870 an die Geschäftsstelle des Paderborner Anzeigers.

:: Ein gutes Buch ::

ist das beste und beliebteste Geschenk während des Krieges.

Aus unserm reichhaltigen Verlage empfehlen wir:

Die Säule der Wahrheit. Historischer Roman aus dem Jahre 1524. Von K. von Bolanden. IV und 348 Seiten 8°. Preis Mk. 3.50.

Hier wird an einem Beispiel der Kampf zwischen der Kirche und dem Geiste des Unglaubens, der damals Deutschland erschütterte, vorgeführt. Die Darstellung ist fließend, die einzelnen Schilderungen sind durchaus fesselnd.

Gott und Götter. Roman von J. W. Neumann. 676 Seiten gr. 8°. Preis Mk. 7.00.

Ein höchst spannender Roman aus der Zeit des babylonischen Exils. Die mit frischer Natürlichkeit und in poetischer Sprache entworfenen Bilder fesseln den Leser von Anfang bis Ende.

Wege und Abwege. Novelle. Von P. Ambros Schupp S. J. Mit vielen Abbildungen. 2. Aufl. 275 Seiten 8°. Preis Mk. 3.20.

Das fesselnd geschriebene Buch warnt besonders die studierende Jugend vor den Gefahren der Verführung.

Zwei Erzählungen für Volk und Jugend. Von P. Ambros Schupp S. J. Mit vielen Bildern. 304 Seiten kl. 8°. Preis Mk. 3.80.

Zwei anmutige, dem Leben abgelauschte Erzählungen, und jede Erzählung birgt eine ernste, sehr beherzigenswerte Lebenswahrheit.

Wanderungen und Wandlungen. Erzählung für Volk u. Jugend. Von P. Ambros Schupp S. J. Mit vielen Bildern. 232 Seiten kl. 8°. Preis Mk. 2.90.

Ein solches Buch sollte allen heimatsmüden jungen Leuten in die Hand gegeben werden. Es zeigt, wie auch jenseits des Weltmeeres Fleiß, Willenskraft und Gottvertrauen nötig sind, um eine sichere Existenz zu erringen.

Lebensbilder hervorragender Katholiken des XIX. Jahrhunderts

Nach Quellen bearbeitet und herausgegeben von J. J. Hansen, Pfarrer. Band I—VIII. VIII und 294 bis 444 Seiten 8°. Preis Mk. 4.60 bis Mk. 5.20.

Jede Abhandlung dieses lehrreichen Werkes widerlegt die Fabel von der „geistigen Rückständigkeit" der Katholiken und erbringt den Beweis, daß man gut katholisch sein und dabei doch in jeder Beziehung auf der Höhe der Zeit stehen kann.

Die Erbin von Trégoner. Von Mme. d'Ethampes, nacherzählt von Wilna Wera. 272 Seiten kl. 8°. Preis gebd. Mk. 2.80.

Die sehr spannende Erzählung spielt sich in der Bretagne ab, und zwar kurz nach der großen französischen Revolution, die in das Schicksal der Hauptpersonen grausam eingegriffen hat.

Schildereien aus dem Tagebuche des Johannes Clericus. Herausgegeben von einem Pfarrer der Erzdiözese Köln. VIII und 240 Seiten 8°. Preis Mk. 3.00.

In fließender Sprache und fesselnder Darstellung werden hier fünfzehn sehr lehrreiche Vorkommnisse aus dem Leben eines Seelsorgers berichtet.

Der Bruder des Pfarrers. Autorisierte Übersetzung von David Bearne S. J. 136 Seiten kl. 8°. Preis Mk. 2.00.

Eine ergreifende Geschichte, die so recht die traurigen Folgen einer vernachlässigten Erziehung zeigt.

Paderborn. **Bonifacius-Druckerei.**

Aufruf!

Der Bedarf an Meldehunden

für unsere Feldgrauen in den ungeheuren Kämpfen an der Westfront ist ein sehr großer. Jeder irgendwie verfügbare Hund unter 3 Jahren der vier Polizeihundrassen: **Schäferhund, Dobermann, Airedal-Terrier u Rottweiler,** auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell und gesund sind und mindestens 40 cm Schulterhöhe haben, sollte daher von seinem Besitzer zur Verfügung gestellt werden. Die Hunde müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und werden nach dem Kriege im Erlebensfalle an die Besitzer zurückgegeben.

Meldungen sind umgehend an die Kriegshunde-Sammelstelle Herrn **W. Ruhe, Bad Lippspringe,** zu richten, der die Abholung an Ort und Stelle veranlaßt.

Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Abonniert den Anzeiger!

- Wer auf -

Lippspringer Kundschaft

rechnet, findet dazu den sichersten Weg durch ein

Inserat

im

Lippspringer Anzeiger

dem einzigen, verbreiteten Lokalblatt in Lippspringe.

Anfragen richte man an die Haupt-Geschäftsstelle

Paderborn :: Königstraße 11.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.